

PROTOKOLL

ab

AUSSENPOLITISCHER AUSSCHUSS

Vierzehnte Sitzung

Zeit: 16. November 1961, 17,00 Uhr

Ort: Bundesparteileitung der ÖVP
Wien I., Kärntnerstrasse 51

Anwesend:

Minister a.D. HORNBOSTEL (Vorsitz)

Nationalratspräsident Dipl. Ing. FIGL
Nationalrat STÜRGGH
Nationalrat Dr. TONCIC

Konsul MAUTNER MARKHOF
Kommerzialrat MOSER
Dr. RIHA
Botschafter a.D. VOLLGRUBER

Dr. IRBINGER
Dr. MOCK
Dr. WEIGEND-ABENDROTH

Dr. HAUSBERGER (als Gastreferent)

Nicht anwesend:

Bundesminister Dr. BOCK
Staatssekretär Dr. STEINER
Staatssekretär Dr. KRANZLMAYR
Staatssekretär a.D.NR. GRUBHOFER
Staatssekretär a.D.NR.Dr. GSCHNITZER
Nationalrat MACHUNZE
Präsident Dr. MALETA
Nationalrat Dr. WEISS
Bundesrat RÖMER
Landeshauptmann KRAINER
Landeshauptmann Dr. TSCHIGGFREY
Generalsekretär Dr. ZIMMER-LEHMANN

HORNBOSTEL

eröffnet um 17,10 Uhr und stellt zunächst die dienstliche Verhinderung der beiden zuständigen Regierungsmitglieder Minister Dr. Bock und Staatssekretär Dr. Steiner fest.

Bittet Tonicic um Referat zu den gegenständlichen Tagesordnungspunkten.

TONCIC

bedauert die ständige Abwesenheit Minister Dr. Bocks und stellt fest, dass ihm alle Protokolle und Beschlüsse zugesandt wurden, ohne dass von seiner Seite aus irgendeine Reaktion erfolgte.

Das Elaborat der Arbeitsgruppe zu den rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen der Integrationspolitik wird ausserordentlich gelobt. Er kündigt an, dass er bei seiner Parlamentsrede auf einzelne Sätze dieser Arbeit zurückkommen wird. Die Neufassung der Punkte 2 - 6 der Neutralitätsrechtlichen Darlegung erweist sich gegenüber der älteren Fassung als Missverständnis, da sie von der Möglichkeit einer Vollmitgliedschaft bei der EWG ausgeht, die mit der Neutralität grundsätzlich unvereinbar ist.

Es wird daher beschlossen, die Punkte in der alten Fassung zu verwenden und das Elaborat in diesem Sinne abzuändern.

MOCK

verweist auf die Fortentwicklung, die der Punkt 1) in der neuen Fassung gegenüber dem ursprünglichen Entwurf genommen hat.

TONCIC

erklärt sich einverstanden, den Punkt 1) in der alten Form beizubehalten.

Er gibt einen kurzen Bericht über den augenblicklichen Stand der Integrationsverhandlungen. Sicher ist nur, dass noch im Laufe dieses Jahres die Verhandlungen mit Brüssel aufgenommen werden sollen. Die aus verschiedenen Gesprächen und ähnlichen Situationen erkennbare Haltung der Sowjetunion zur Integrationsfrage ist zurzeit vor allem durch die Sorge um die

vom Westhandel abhängigen Nationalwirtschaften der Satellitenländer bestimmt.

VOLLGRUBER

verweist auf die Osthandelsfrage in der speziellen Situation Österreichs.

TONCIC

nennt hier die allgemeine Quote von 12 % des Gesamthandelsvolumens.

HAUSBERGER

kommentiert den von ihm ausgearbeiteten wirtschaftlichen Teil des Integrationselaborats dahingehend, dass er eine Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Osthandelsvolumens von 15 % im Falle des Integrationsbeitritts bezweifelt. Der europäische Durchschnitt beträgt lediglich 4 ¹/₂ %. Die grosse Importrate Österreichs ist auf die gegenwärtigen Restriktionen zurückzuführen. Falls diese wegfielen, würde sich trotz aller Kontingentgewährung der Osthandelsimport automatisch senken. Die aktuellen Gefahren bei einer Nichtteilnahme Österreichs am Europamarkt dürfen weder über- noch unterschätzt werden. Sie liegen in erster Linie darin, dass bei einer neuerlichen Zolldiskriminierung Vollbeschäftigung und Lebensstandard empfindlich gefährdet wären, was unbedingt innenpolitische Rückwirkungen hätte. Die Beurteilung des Für und Wider schwankt sehr stark. Zurzeit ist eher eine ängstliche Zurückhaltung gegenüber dem Europamarkt zu spüren.

FIGL

bezeichnet auf Grund verschiedener Gespräche - unter anderem mit dem sowjetischen Aussenminister Gromyko - als Hauptsorge der Sowjets die sogenannte "deutsche Gefahr". Immer wieder betonen die Russen, dass im Falle des EWG-Beitritts Österreichs Souveränität durch die deutsche Wirtschaft untergraben werde und dass die Sowjetunion Österreich schützen müsste. Es sei notwendig, dass man sich auch über die Opfer klarwerde, die eine Assoziation von österreichischen Wirt-

schaftsgruppen verlangen werde. Besonders genau müssten die politischen und wirtschaftlichen Faktoren abgewogen werden, da die Wirtschaft nicht allein ausschlaggebend sein könne.

MOCK

bietet an, dass die Arbeitsgruppe für Integrationsfragen laufend weitere Berichte ausarbeitet und in den Sitzungen referiert.

HORNBOSTEL

befürwortet dies mit Dank an den Referenten und schlägt als nächste Sitzung einen Termin in der Dezembermitte vor.

FIGL

begrüsst dies und bezeichnet die Teilnahme der Ressortminister nach ihrer Rückkehr von den internationalen Konferenzen als dringend notwendig.

TONCIC

gibt einen Resolutionsentwurf bekannt, der im Namen des Aussenpolitischen Ausschusses eine Verstärkung der Integrationsverhandlungen fordert. Da eine solche Veröffentlichung im Augenblick als inopportun angesehen wird, bittet er statt dessen um Vollmacht, bei der nächsten Sitzung der Bundesparteileitung über die Arbeiten und Anträge des Aussenpolitischen Ausschusses zu referieren.

Der Ausschuss beschliesst diese Vollmacht und bittet den Generalsekretär, die nächste Sitzung unbedingt noch in der ersten Dezemberhälfte anberaumen zu wollen.

TONCIC

berichtet ausführlich von der Arbeit des Südtirolausschusses im Europarat. Die Vorschläge wurden zwischen Tonicic, Kreisky und Steiner vor der Sitzung in Brüssel abgesprochen und fanden die Billigung des Aussenministers. Bei der Sitzung zeigte es sich, dass der Vorsitzende des Ausschusses Struye die Sache ausgezeichnet führt und ausgesprochene Sympathien für die österreichische Haltung empfindet. Auch der

Südtiroler Abgeordnete Ebner ist jetzt wesentlich freier in der Vertretung seines Standpunktes. Es gelang ihm, die Argumente des Italieners Bettioli, der zu Anfang die übliche italienische These vertrat, weitgehend zu widerlegen. Es wurde vereinbart, dass Struye seine Informationsreisen sofort nach Abschluss der UNO-Verhandlungen über Südtirol nach Wien und Rom unternehmen wird. Ein Besuch in Bozen erscheint nicht opportun, wohl aber werden in Rom offizielle Gespräche mit den Vertretern der Südtiroler stattfinden, an denen der Regionalpräsident, der Provinzialpräsident (Magnago), die Senatoren und Abgeordneten der SVP und namens der Democrazia Cristiana der Region der Abgeordnete Berlofffa teilnehmen sollen. Weiters wurde erreicht, dass nicht nur das Gruber-De Gasperi-Abkommen als Grundlage der Gespräche gilt, sondern auch die einschlägigen Europaratsresolutionen, besonders die Resolution 136 über die Anerkennung der Minderheiten als geschlossene Volksgruppe und die Empfehlung 213 über die Anwendung des europäischen Streitbeilegungsabkommens, auf das übrigens auch Kreisky in seiner UNO-Rede Bezug nahm.

Der Referent hat des weiteren den Antrag gestellt, auch die anderen europäischen Abkommen sinngemäss anzuwenden, wie etwa den Abbau von Grenzformalitäten und das Kulturabkommen über den Geschichtsunterricht. Die Italiener haben ein Studium dieses Vorschlages zugesagt und werden sich dazu auf der nächsten Sitzung nach der Struye-Reise äussern. Struye hat des weiteren deutlich gemacht, dass er den Abbruch der Verhandlungen in Zürich für voreilig hält, weil man österreichischerseits die Präzision der italienischen Garantien nicht abgewartet hat. Er wird bei seinen Gesprächen in Wien diese Auffassung auch gegenüber Kreisky vertreten.

MOSER

dankt Toncic für seine ausserordentliche Arbeit und bezeichnet es auf Grund seiner eigenen Erfahrungen als zielführend, die Italiener auf ihre europäischen Verpflichtungen hin anzusprechen. Nur auf dieser Ebene könne eine Einigung erzielt werden. Seiner Meinung nach hat Fanfani die Absicht, das Problem schrittweise durch Verwaltungsmassnahmen zu lösen, es wird dem aber immer durch Südtirolkreise entgegen gearbeitet, die seinen Massnahmen durch Indiskretionen konterkarieren. Es ist deutlich, dass Fanfani Politiker wie Pella und Togni bereits nicht mehr in sein Kabinett aufgenommen hat und dass er es auch gerne gesehen hätte, wenn Segni schon zum Frühjahr ausgeschieden wäre.

HORNBOSTEL

schliesst um 18,10 Uhr die Sitzung und bittet nochmals, dem Generalsekretär den neuen Terminwunsch zur Kenntnis zu bringen.

Friedrich Weyand-Merz 6/4